



Frieden für Äthiopien

Mitten im innerstaatlichen Krieg Pseudo-Friedensprojekte à la GIZ

Zusammenfassung¹

Mit einer beeindruckenden Zahl von Friedensprojekten ist die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (**GIZ**) in Äthiopien an vorderster Front im Einsatz. Seit 60 Jahren betreibt sie Entwicklungshilfe in Äthiopien und hat jede Regierungsform in sechs Dekaden überstanden. Heute arbeitet sie erfolgreich mit einem ethnischen Autokraten zusammen und liefert dem Regime von **Abiy A.** eine wichtige Legitimität. Die Menschenrechtsverletzungen des Regimes sind in zahlreichen Berichten von Menschenrechtsorganisationen und darüber hinaus inzwischen hinreichend dokumentiert. Das Niveau der Brutalität des Regimes gegen die Zivilbevölkerung, speziell in der Amhara-Region, ist seit Juni 2023 offensichtlich. Die **GIZ** macht business as usual, denn im Kern geht es gar nicht um die Menschen in Äthiopien, sondern um viel Banales, nämlich das Einfädeln und Abarbeiten von Projekten, also das Geschäftsmodell der **GIZ**. Die politische Blindheit angesichts des Unrechtsregimes in Äthiopien, Friedensprojekte aufzulegen, wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (**BMZ**) finanziert und vom Auswärtigen Amt (**AA**) abgesegnet. Das Nachsehen haben die Menschen in Äthiopien, die von Pseudoprojekten nichts haben, während das Regime seine Ressourcen zur Unterwerfung von Zivilisten einsetzt. Den Frieden deckt ja die GIZ ab.

Die GIZ als Entwicklungsunternehmer in Äthiopien – Hauptsache Projekte am Laufen halten.

Die GIZ GmbH, ist ein Bundesunternehmen. Alleinige Gesellschafterin ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (**BMZ**) und das Bundesministerium der Finanzen (**BMF**). Die **GIZ** ist dem BMZ unterstellt und verkündet selbstbewusst: „Als Bundesunternehmen [es] leiten uns die Prinzipien unserer gesellschaftlichen Ordnung und die Interessen Deutschlands.“ Und sie unterstützt insbesondere die Entwicklungspolitik der Bundesregierung.

Diese Auffassung setzt sich fort, wenn wir einen Blick auf eines der Gremien der GIZ, den Wirtschaftsbeirat, werfen. Dieser setzt sich aus Unternehmen wie **BASF SE, Perfekta Unternehmensgruppe** bis hin zu **Volkswagen AG** zusammen. Sein Ziel ist es, Wirtschaft und Internationale Zusammenarbeit künftig noch stärker zu vernetzen. Es geht hier also nicht um die Interessen eines Entwicklungslandes wie Äthiopien.

Die **GIZ** ist seit 60 Jahren in Äthiopien und hat in dieser Zeit unterschiedliche Regierungsformen in Äthiopien erlebt (Kaiserreich, sozialistische Militärdiktatur, ethnische Demokratie und seit fünf Jahren Oromo-Abiy-Autokratie). Sie hat Äthiopien trotz verschiedener Regime bei der Entwicklung geholfen. Sie ist also ein zuverlässiger Partner in der Entwicklungspolitik. Allerdings geht es nicht um Äthiopien selbst, sondern um die Interessen Deutschlands. Das macht es der GIZ einfach, Projekte mit allen ihren Partnern umzusetzen, egal wer an der Macht ist.

Friedensprojekte – mitten im innerstaatlichen Krieg - Eine Anmaßung der deutschen Verwicklungshilfe

Die Projekte und Programme der **GIZ** in Äthiopien sind von der Anzahl und dem Volumen her durchaus beachtlich. Verschiedene Bereiche werden abgedeckt, beispielsweise „Umwelt und Klima“ (8 Projekte), „Ländliche Entwicklung“ (20 Projekte) sowie die folgenden für uns wichtigen Kategorien: „Sicherheit,

Wiederaufbau, Frieden“ (im Folgenden „Frieden“ genannt) und „Staat und Demokratie“ mit jeweils 9 und 3 Projekten.

Bei einer oberflächlichen Betrachtung fällt es schwer, über Frieden in einem Land zu sprechen, in dem seit 2018 verstärkt schwerwiegende, systematische Menschenrechtsverletzungen bis hin zu vermuteten Kriegsverbrechen begangen werden.

- In der Kategorie „Frieden“ fallen drei Projekte auf, die Migration als ihr Kernthema haben. Damit sind ein Drittel der Friedensprojekte mit dem Thema Flucht und Migration besetzt. Es ist gelinde gesagt das Reizthema in Deutschland, das durch entwicklungspolitische Maßnahmen bis am Horn von Afrika (**HvA**) im Sinne Deutschlands und der **EU** durchgesetzt wird. Eines dieser Projekte wird mit der Regionalorganisation **IGAD** durchgeführt, ein anderes wird direkt mit Justiz- und Innenministerien von mehreren IGAD-Ländern durchgeführt. Hier wird deutlich, wie Staaten und Grenzschützer zu Nutznießern eines Systems werden, das Migration kriminalisiert. Solche Projekte verletzen das Recht auf Migration und schaffen so erst die Grundlage für das Geschäftsmodell der Schlepper. Die Perversion dieses Ansatzes ist bewusst gewählt, denn das Endziel ist es, „Geflüchtete“ fernzuhalten. Alle anderen Ansätze werden diesem Ziel untergeordnet. Die Sicherheitskräfte sind seit langem Kollaborateure der Schlepper. In der Nacht arbeiten Sie mit den Schleppern zusammen und tagsüber spielen Sie Grenzschützer. **Menschen, die vom Abiy-Regime fliehen müssen, werden auf Grundlage solcher Projekte an der Flucht gehindert oder sind gezwungen, horrenden Summen als Schmiergeld zu zahlen oder noch riskantere Routen zu nehmen.**
- Ein weiteres Problem ist, dass die politische Trägerschaft für die jeweiligen Projekte recht unterschiedlich und oft willkürlich festgelegt wird. In der Regel wird hier ein staatlicher Träger oder zumindest eine nationale NGO genannt. Bei dem Projekt „Friedenskonsolidierung in Äthiopien zur Wiedereingliederung von Binnenvertriebenen in die Gesellschaft fördern“ ist das BMZ der Auftraggeber, die politische Trägerschaft liegt direkt in den Händen der GIZ. Um eine kosmetische Außenwirkung zu erzielen, ist zudem die äthiopische Mekane Yesus Kirche mit aufgeführt. Letztere ist für die Feldarbeit an der Basis zuständig. Eine derart politisch sensible Arbeit bleibt komplett in deutscher Hand. Damit ist die viel beschworene „Project Ownership“ hinfällig.
- Ein weiteres Projekt kümmert sich um Betroffene von sexueller Gewalt in Äthiopien. Die politische Trägerschaft dieses Projekts liegt beim äthiopischen Gesundheitsministerium. Allerdings ist das Verteidigungsministerium ein zentraler Akteur, der für Vergewaltigungen speziell in der Amhara-Region verantwortlich ist. Während das Regime für die Gewalt verantwortlich ist, entdeckt die **GIZ** im äthiopischen Gesundheitsministerium einen Partner, um Trostpflaster gegen staatlich sanktionierte Vergewaltigungen zu verteilen. **Ein Paradebeispiel für die Perversion von technokratischen Projekten der GIZ, ein politisches Thema durch Brosamenhilfe zu ersetzen.**
- Das Projekt „Ziviler Friedensdienst: Dialogförderung zum vertrauensbasierten Land- und Ressourcenmanagement in der Region Oromia“ ist seit 2022 abgeschlossen, gibt aber einen guten Einblick in die Arbeit der **GIZ**. Hier sind die politische Trägerstruktur, das äthiopische „Friedensministerium“ und das „Sicherheitsbüro von Oromia“-Region. Es ist allgemein bekannt, dass das Friedensministerium in Äthiopien mit Geheimdienstleuten durchsetzt ist. Das Sicherheitsbüro von Oromia ist ein ungezügelt Monstrum, das sowohl den Inlandsgeheimdienst, die Liyu_Hail (Spezialkräfte) der Oromo-Region und andere bewaffnete Kräfte bündelt und nach Interesse des Regimes einsetzt. **Es ist kaum vorstellbar, dass deutsche Steuerzahler ein solches Projekt unterstützen. Noch weniger können die Menschen in Äthiopien damit einverstanden sein.**
- Die Förderung der „Äthiopischen Menschenrechtskommission“ ist ohne Zweifel das interessanteste und brisanteste Projekt der GIZ. Hierbei handelt es sich um eine staatliche Kommission, die regelmäßig Berichte über Menschenrechtsverletzungen herausgibt. Das Besondere daran ist, dass dies zwar geschieht und zum Teil auch kritisch und mit belastbaren Aussagen einhergeht, aber ohne politische oder juristische Konsequenzen bleibt. **Es ist die Aufgabe des äthiopischen Regimes, seine politischen Oberbehörden selbst zu finanzieren, statt auf GIZ-Hilfe zu setzen. Wenn äthiopische Haushaltsmittel nicht für die äthiopische Menschenrechtskommission verwendet werden, können sie vom Regime für den Unterdrückungsapparat eingesetzt werden.**

Menschenrechtsverletzungen – das Abiy-Regime an der Spitze der Täter- in jeder Hinsicht

Aus praktischen und aktuellen Gründen möchten wir auf die Berichte diverser Menschenrechtsorganisationen der letzten Jahre, insbesondere 2023/24, verweisen, die klar belegen, dass Frieden weder programmatisch noch praktisch zum Vokabular noch zur Praxis des Regimes gehört.

- **Internetblockade**

Das Regime hat in den vergangenen Jahren wiederholt unangekündigt, stundenweise, für Tage und über Monate hinweg das Internet und gezielt sogenannte Soziale Medien gesperrt. Es steht damit weltweit an der Spitze der Regime, die durch Internetblockade Millionen Menschen abschneiden und so das „Unsichtbare“ morden von Staatswegen betreiben.

“Despite the near-total internet blockage in the Amhara region — where nearly a quarter of Ethiopia’s population lives — reports of human rights violations on the part of the Ethiopian National Defense Force have been trickling out. In a dispatch released on Monday, the Ethiopian Human Rights Commission described arbitrary detentions, extrajudicial killings and civilians killed in crossfire.”ⁱⁱ

Dies dürfte der GIZ bekannt sein und Internet Blockade geht einher mit Verlust an Information und Öffentlichkeit. Daneben gibt es auch konkrete, kostspielige ökonomische Verluste:

“In 2020, the country lost \$100 million to internet outage which rose to \$164.5 million in 2021, affecting 21.3 million users.”ⁱⁱⁱ

- **Medienfreiheit – Medienschaffende**

Die Arbeit von Medien, sowohl lokalen als auch internationalen, wird permanent von der Regierung beobachtet. Es kommt regelmäßig zu gravierenden Verletzungen der Pressefreiheit und der Arbeit von Journalistinnen und Journalisten. Internationale Medienvertreter sind kaum in Äthiopien akkreditiert und wenn dann, um die Arbeit der Afrikanischen Union zu begleiten, nicht um aus und über Äthiopien zu berichten. Medienvertreter beantragen in der Regel ein Journalistenvisum, wenn eine internationale oder panafrikanische Konferenz in Addis Abeba stattfindet, oder wenn sie zu Reisen aufbrechen, wenn ausländische Regierungsvertreter zu einem offiziellen Besuch das Land besuchen. Zahlreiche nationale Medienvertreter sind entweder im Gefängnis, haben das Land verlassen, ihren Beruf aufgegeben oder sind in die innere Migration gegangen. **Das Regime setzt auf einer Strategie von „ungesehener Gewalt“ durch Blockade des Internets und Behinderung journalistischer Arbeit. Inhaftierte und ermordete Medienvertreter sind im ethnisierten Staat des Oberst Abiy eher die Regel als die Ausnahme.**

- **Kriegsverbrechen, Menschenrechtsverletzungen und Massaker**

Die Palette der Menschenrechtsverletzungen des Abiy-Regimes ist vielfältig und reicht von außergerichtlichen Hinrichtungen bis zu möglicherweise begangenen Kriegsverbrechen. Zudem werden zahlreiche weitere Verbrechen begangen, die nicht weniger grausam und menschenverachtend sind.

“Serious violations of international humanitarian law (IHL), as documented in this briefing, may amount to war crimes which are a crime under international law. Extrajudicial executions are also violations of the right to life protected under international human rights law.”^{iv}

“In Ethiopia, systemic impunity continues to embolden perpetrators of crimes in the absence of credible justice and accountability for serious abuses that constitute crimes under international law. It is time to put an end to this pervasive lack of justice accountability nationwide. **Tigere Chaguta, Amnesty International 2024**“

Die GIZ beansprucht in Ihrer Arbeit in Äthiopien nicht nur Friedensprojekte zu betreiben sondern auch “gute Regierungsführung” zu fördern. Sämtliche weltweit und nur Regional bekannten Menschenrechtsorganisationen publizieren allesamt Berichte – mit graduellen unterschieden - die von einem Unrechtsstaat ausgehen, das möglicherweise **Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Aggression, begeht.**^v

Die GIZ verschafft dem Abiy- Regime ein perfektes Alibi – sie kümmern sich um den Frieden, das Regime^{vi} um den Krieg.

Der Einsatz der GIZ in Äthiopien im Sektor Frieden und „gute Regierungsführung“ ist ein unternehmerisches Abenteuer, das außenpolitisch fragwürdig und in jedem Fall entwicklungspolitisch kontraproduktiv ist. Es ist offensichtlich, dass die meisten Projekte in Süd- und Südwest-Äthiopien aktiv sind und nicht im Norden, wo seit einem Jahr die Region Amhara unterworfen werden soll.

Eines der Vorzeigeprojekte der **GIZ** ist die Ethiopian Human Rights Commission (**EHRC**). Die EHRC hat gerade einen neuen Bericht vorgelegt, in dem sie über „ernste Besorgnis über Menschenrechtsverletzungen und Bedrohungen, die sowohl im Rahmen bewaffneter Konflikte als auch in anderen Gebieten des Landes begangen werden“, berichtet.

Die **GIZ** prahlt üblicherweise über ihre Projekte, die mit Hilfe ihrer Experten Wirkung erzeugt haben. Es gibt keine Mühe, die sie scheuen, um Berichte, Handouts und Meldungen über Erfolge zu verbreiten. Interessanterweise gibt es von der GIZ wenig Material über die Erfolge ihrer Projekte in Äthiopien. Die GIZ arbeitet mit einem diktatorischen Regime zusammen, ohne dass es dafür eine Rechtfertigung gäbe. Eine offensive Begründung wäre, dass sie behauptet genau dort anzusetzen, wo Unfrieden herrscht, um Frieden zu schaffen. Das wäre allerdings eine völlige Selbstüberschätzung, abgesehen davon, dass es zwar smart klingt, aber nicht wahrhaftig ist. Die Beweislast für Menschenrechtsverletzungen in Äthiopien ist erdrückend, und die GIZ hat keinerlei Handhabe, sich davon freizusprechen.

Eines der zentralen Gründe für ihre Aktivitäten in Äthiopien ist so banal wie wahr: Die GIZ hat nur eine Daseinsberechtigung permanent eine Vielzahl von Projekten und Programmen lancieren und dafür die Finanzierung durch den Bund und Drittmittelgeber absichern. Da ist es unerheblich, in welchem mörderischen Kontext sich die Projekte vor Ort abspielen, Hauptsache, der Mittelabfluss ist gesichert.

In GIZ-Publikationen heißt es: „Die GIZ steht für Menschenrechte. Sie sind der Bezugsrahmen für unser gesamtes Wirken.“ **Ein makabres Statement im Fall von Äthiopien.**

i Gesichtete und verwendete Quellen sind: [https://www.giz.de/de/ueber die_giz/1484.html](https://www.giz.de/de/ueber_die_giz/1484.html), <https://bit.ly/3WU7cSI>, <https://bit.ly/3X50gIk>, <https://www.amnesty.org/en/documents/afr25/7696/2024/en/>, <https://news.un.org/en/story/2023/09/1140872>, <https://www.hrw.org/news/2024/04/04/ethiopia-military-executes-dozens-amhara-region>, <https://bit.ly/4aC5F6R>.

ii <https://therecord.media/ethiopia-internet-blackout-amhara-region>

iii <https://bit.ly/3WZpAtj>

iv <https://bit.ly/3Khu9aE>

v <https://bit.ly/3X50gIk> - US State Dept 2023 Report, veröffentlicht 2024

vi Ibid. Bericht 2023 des US State Departments zur Menschenrechtslage in Äthiopien. Text wurde unter Beibehaltung des Originals zwecks Übersichtlichkeit neu arrangiert.

Significant human rights issues included credible reports of:

[Killings] arbitrary or unlawful killings, including extrajudicial killings; enforced disappearance; torture or cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment by the government; **[Prison & Civilians]** harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary arrest or detention; political prisoners or detainees; serious abuses in a conflict, including reportedly unlawful or widespread civilian deaths or harm, enforced disappearances or abductions, forcible transfers of civilian populations, torture, physical abuses, conflict-related sexual violence or punishment;

[Press] serious restrictions on freedom of expression and media freedom, including violence or threats of violence against journalists, unjustified arrests of journalists, censorship, **[Intrusive laws]** and the existence of criminal libel and slander laws; serious restrictions on internet freedom; substantial interference with the freedom of peaceful assembly and association, including overly restrictive laws on the organization, funding, or operation of nongovernmental and civil society organizations; serious government corruption; serious government restrictions on or harassment of domestic and international human rights organizations; extensive gender-based violence,

[Systemic Rape] including rape and sexual violence; crimes involving violence or threats of violence targeting members of racial or ethnic minority groups; and laws criminalizing consensual same-sex sexual conduct between adults, which were enforced.